

Thema: VÖB-Frühjahrespressekonferenz – Infos zu aktuellen Themen aus der Bankenwelt

Podcast: 6:35 Minuten

Anmoderationsvorschlag: Aktuelle Themen aus der Bankenwelt standen am 06. Mai in Frankfurt am Main im Mittelpunkt der Frühjahrespressekonferenz des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands. Dabei ging es unter anderem um die europäische Kapitalmarktunion, die Regulierung von Schattenbanken und aktuelle Herausforderungen für die öffentlichen Banken. Mehr dazu hören Sie hier in diesem Podcast von VÖB-Präsident Dr. Gunter Dunkel und VÖB-Hauptgeschäftsführerin Prof. Dr. Liane Buchholz.

- 1. Herr Dr. Dunkel, seit dem 4. November werden die „systemisch bedeutenden“ Banken der Eurozone unmittelbar von der Europäischen Zentralbank EZB beaufsichtigt. Wie sind die bisherigen Erfahrungen? Und welche Herausforderungen sehen Sie?**

O-Ton 1 (Dr. Gunter Dunkel, 0:23 Min.): „Also, generell haben wir eine gute Erfahrung, es ist ein kooperatives Zusammenwirken. Auf der anderen Seite bemerkt man an vielen Stellen, dass die EZB eben auch eine neugegründete Organisation ist, die noch viele Dinge selber regeln muss. Und vor dem Hintergrund ist die Zusammenarbeit nicht immer friktionsfrei, weil wir Fragen haben, die noch nicht beantwortet werden können. Grundsätzlich würde ich aber sagen: ein positives Resümee.“

- 2. Seit der Finanzkrise steht die Regulierung der Banken im Fokus der Öffentlichkeit und der Politik. Nun geht es plötzlich um Nicht- oder Schattenbanken. Was hat es damit auf sich?**

O-Ton 2 (Dr. Gunter Dunkel, 0:44 Min.): „Das hat den Grund, dass in vielen Nichtbanken, wir bevorzugen eigentlich diesen Terminus gegenüber den Schattenbanken, weil es in der Tat um Nichtbanken geht. Zum Beispiel Pensionsfonds, institutionelle, aber eben auch Fonds, die an den Kapitalmärkten handeln. Diese sind immer mehr im klassischen Kreditgeschäft, aber auch bei Geldmarktfonds tätig, also im klassischen Bankgeschäft, sind aber nicht reguliert und haben deswegen Vorteile gegenüber den klassischen Banken. Und vor diesem Hintergrund fordern wir ein, dass diese jetzt auch reguliert werden, ob genauso oder nicht, sei dahingestellt. Auf jeden Fall nicht so, dass sie bessere Kosten haben und geringere Bürokratie haben, das kriert kein sogenanntes ‚level playing field‘ – und das gilt es, unbedingt zu vermeiden.“

- 3. Wie bewerten Sie die Idee der EU-Kommission für eine europäische Kapitalmarktunion? Steht hier ein trojanisches Pferd vor dem deutschen Bankenmarkt?**

O-Ton 3 (Dr. Gunter Dunkel, 0:42 Min.): „Wir glauben das nicht. Wir glauben, dass die grundsätzliche Idee der Kapitalmarktunion, als eine Vereinheitlichung der Kapitalmärkte, ein Binnenmarkt für Kapitalmärkte, eine richtige und gute Idee ist. Insbesondere nachdem auch jetzt akzeptiert ist, dass der Kapitalmarkt nicht zur alleinigen und exklusiven Finanzierungsquelle für den deutschen Mittelstand werden soll, glauben wir, dass wir auch einen aktiven, guten Beitrag für Europa leisten können, indem wir die Modelle, die wir in Deutschland entwickelt haben, zum Beispiel Schuldscheindarlehen, eben auch in die europäische Kapitalmarktunion einführen. Wir begleiten das Ganze konstruktiv, allerdings müssen wir sehr darauf achten, dass die Finanzierungsmöglichkeiten für unsere mittelständischen Kunden nicht eingeschränkt werden.“

4. Frau Prof. Buchholz, gutes und schlechtes Bankgeschäft zu trennen sowie Finanztransaktionen zu besteuern, sind sehr populäre Ideen. Warum sieht der VÖB beide Vorhaben kritisch?

O-Ton 4 (Prof. Dr. Liane Buchholz, 0:57 Min.): „Populäre Ideen sind nicht immer automatisch sinnvoll, die Finanztransaktionssteuer wird am Ende von den Bankkunden bezahlt werden. Die Mehrwertsteuer zahlt ja auch nicht der Supermarkt, sondern der Kunde an der Kasse. Jeder Fondssparplan für die Altersvorsorge und jede Währungsabsicherung unserer exportierenden mittelständischen Unternehmen wären unmittelbar von der Finanztransaktionssteuer betroffen. Es gibt also gute Gründe, warum die Mehrheit der EU-Staaten diese Steuer ablehnt, Deutschland sollte dies auch tun. Für das Trennbanken-Konzept gibt es bereits ein Gesetz in Deutschland. Bei der Umsetzung zeigen sich jedoch praktische Probleme der populären Idee, schlechtes und gutes Bankgeschäft zu trennen, weil es gibt kein gutes oder schlechtes Banking per se. Nun liegt eine europäische Regelung vor, die weiter geht als das deutsche Gesetz und die Banken vor noch größere Umsetzungsprobleme stellt, sodass wir fordern: Wenn es schon diese Regelungen gibt, sollten sie aufeinander abgestimmt in Kraft treten.“

5. Bedenkliche Nachrichten kommen aus Österreich. Hier hat die Regierung die Zahlungen einer Bank in Abwicklung, der ehemaligen Hypo Group Alpe Adria, gestoppt und einen Schuldenschnitt verkündet. Aber ist das nicht der künftige Weg, die Gläubiger an der Abwicklung einer Bank zu beteiligen und nicht nur die Steuerzahler?

O-Ton 5 (Prof. Dr. Liane Buchholz, 1:04 Min.): „Zunächst erst mal: Es ist richtig, dass Gläubiger, also auch andere Banken, künftig an der Abwicklung einer Bank beteiligt werden. Aber das trifft auf die Hypo Alpe Adria Bank beziehungsweise ihrer Abwicklungsgesellschaft Heta überhaupt nicht zu, denn hier wurden ausdrücklich staatliche Garantien gegeben. Und nun erklärt der österreichische Staat diese Garantien für nichtig. Das ist im Grunde ein Akt der Enteignung, und das ist in etwa so, als ob sie mitten im Spiel die Regeln einseitig ändern. Das geht einfach nicht! Mit diesem Schritt sortiert sich das reiche Österreich zwischen Griechenland und Ungarn ein. Und es geht in diesem Fall um weit mehr, nämlich um die Frage: Was sind staatliche Garantien im Grunde noch wert? Märkte und Marktteilnehmer müssen davon ausgehen, dass Österreich plötzlich überall sein kann. Und Verlierer können am Ende alle Unternehmen und Staaten Europas werden, denn es droht ein Präzedenzfall, der die Verschuldung für alle erschwert. Wir erwarten deshalb von der EU-Institution und den einzelnen Regierungen klare Signale und Sanktionen gegen das Vorgehen der Republik Österreich.“

6. Wie steht es um die Öffentlichen Banken momentan und welche Perspektiven gibt es?

O-Ton 6 (Prof. Dr. Liane Buchholz, 1:01 Min.): „Öffentliche Banken sind mehr denn je integraler Bestandteil des Finanzplatzes Deutschland und nehmen über ein Drittel des Marktes ein. Landesbanken verdienen im operativen Geschäft nachhaltig Geld und die Geschäftsmodelle haben sich als tragfähig erwiesen. Die Kapitalpolster sind gestärkt und für Krisenfälle vorbereitet, das hat nicht zuletzt der EZB-Stresstest Ende vergangenen Jahres gezeigt. Die 19 Förderbanken des Bundes und der Länder sind für die öffentliche Daseinsvorsorge und den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Ein momentaner Schwerpunkt ist beispielsweise die Unterstützung des Ausbaus eines leistungsfähigen digitalen Infrastrukturnetzes. Aber darüber hinaus helfen sie Kommunen aktuell mit oftmals eigenen Programmen bei dem Aufbau einer Infrastruktur, beispielsweise für Flüchtlinge. Viele Menschen kommen teilweise aus den ärmsten Regionen der Welt und suchen in Deutschland Hilfe – und die Förderbanken bieten Zuschüsse- oder Darlehensprogramme an, die Investitionen in dringend benötigte Flüchtlingsunterkünfte bei Kommunen unterstützen.“

Abmoderationsvorschlag: Weitere detaillierte Informationen zur Frühjahrespressekonferenz finden Sie im Internet unter www.voeb.de.